

Halbzeit im Bundestag 2013 bis 2015

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Thomas Nord für Frankfurt (Oder) und Landkreis Oder-Spree

Liebe Leserin, lieber Leser,

Etwas mehr als die Hälfte der 18. Wahlperiode ist nun Geschichte und ich möchte Ihnen Rechenschaft über meine Arbeit im Bundestag, aber auch über meine weiteren Tätigkeiten während der vergangenen zwei Jahre ablegen.

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag fand am 22. September 2013 statt. DIE LINKE bekam 8,6 % und wurde stärkste Oppositionsfraktion. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD waren zeitaufwändig und die Bundeskanzlerin erst ein Viertel Jahr später gewählt, die Regierung hat praktisch erst Ende Januar 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Sehr viel ist seitdem geschehen. Europa und auch Deutschland hat sich mit den Folgen der Eurokrise auseinandersetzen müssen, Krieg ist rund um die Europäische Union zum Alltag geworden und hunderttausende Flüchtlinge, die vor Gewalt Zuflucht suchen sind nach Europa und Deutschland gekommen. Für viele dieser Entwicklungen trägt die Bundesregierung mit ihrer Politik Mitverantwortung. Die deutsche Austeritätspolitik hat die sozialen Lasten der Fehlkonstruktionen des Euro auf Millionen Bürgerinnen und Bürger auf dem ganzen Kontinent abgewälzt, der Freihandel und deutsche Rüstungsexporte tragen mit dazu bei, das Millionen Menschen nicht in ihrer Heimat leben können. Hinzu kommen nicht wenige innenpolitische Entwicklungen die einer tatkräftigen Opposition für Frieden, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bedürfen.

Bei der aktuellen Sitzverteilung im Bundestag ist es nicht immer leicht, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Regierungsfaktionen haben etwa 80% der Stimmen, die Oppositionsfaktionen 20%. Für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, von Enquete-Kommissionen oder Ausschussanhörungen war es notwendig zwischen den Bundestag vertretenen Fraktionen eine Absenkung des Quorums von 25% auf 120 Stimmen zu verabreden, damit die Rollenverteilung von Regierung und Opposition überhaupt greifen kann. Allerdings ist es in einem Verhältnis von Eins zu Vier nur schwer möglich, einen starken

politischen Druck aufzubauen. Dafür hat DIE LINKE in der ersten Hälfte der Wahlperiode einiges erreicht.

DIE LINKE hat als erste Partei und Fraktion die Frage der Guten Arbeit auf die Tagesordnung gesetzt. Das bedeutet aus unserer Sicht, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, ohne zusätzliche Hilfe beantragen zu müssen. Auch wenn wir unsere Forderung nach 10 € Mindestlohn pro Stunde bisher nicht durchsetzen konnten, ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns doch ein Erfolg unserer dauerhaften Arbeit. DIE LINKE wirkt.



Die Energiewende ist auch für DIE LINKE der wichtigen Themen seit dem Beginn der Wahlperiode. Auch in Brandenburg sind die Braunkohleverstromung und die Konversion der Wirtschaft bis 2040 speziell in der Lausitz große Herausforderungen, bei der die Politik des Bundes eine zentrale Rolle spielt. DIE LINKE befürwortet den Atomausstieg, den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und kämpft für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und dafür, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger auch bezahlbar bleiben.

Seit Beginn der Wahlperiode hat sich DIE LINKE als einzige Fraktion im Bundestag vollständig gegen das Zustandekommen der Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bzw. der EU und USA (TTIP) ausgesprochen. Unsere Kritik richtet sich gegen das undemokratische Verfahren der Aushandlung, gegen die

Entmachtung der Demokratie und gegen die Aushöhlung von Verbraucherstandards. Wir sind gegen die Einrichtung einer amerikanisch-europäische Normsetzungsinstanz und gegen die Einführung von Investor-Staats-Klagen, weil mit diesen dem geltenden Rechtsweg der Boden entzogen wird.

DIE LINKE hat sich gegen die politischen Vorstellungen der CSU gewendet, egal ob beim Betreuungsgeld oder bei der Maut für »Ausländer«. In dem einen Falle hat das Bundesverfassungsgericht unsere Sicht auf das Grundgesetz bestätigt. In dem anderen Falle hat der Europäische Gerichtshof gegen die Geisterfahrt von Alexander Dobrindt gesprochen. DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, das freiwerdende Geld für die Qualitätsverbesserung von Kitas, für Beitragsfreiheit oder z.B. ein Mittagessen zu verwenden. Auch sollen Kommunen und Länder entlastet werden.

Die Rente mit 67 ist eine verkappte Rentenkürzung. Es ist auch dem anhaltenden politischen Druck der LINKEN zu verdanken, dass die Regierung hier Korrekturen vorgenommen hat. Die Rente mit 63 ist allerdings nur eine symbolische Abkehr der politischen Linie von Schröder und Mütterling. Mit der so genannten Mütterrente können Frauen oder Männern, die Kinder erzogen haben, die vor 1992 geboren sind, eine zusätzliche Rentenhöhe bekommen. Warum die Regierung das Jahr 1992 gewählt hat und die Beiträge zwischen Ost und West unterschiedlich hoch sind, verschließt sich jedoch jeglicher Vernunft. Mittelfristig wird bis 2030 die Rentenhöhe auf 43% herabgesetzt. Die Rentenpolitik der Großen Koalition programmiert für die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit Altersarmut. Am Ende müssen mehr Renten wieder aufgestockt werden. Dies ist eine unnötige Demütigung von Lebensleistungen, aber auch eine einfache ökonomische Dummheit.

Auch auf vielen anderen Feldern der Innen- und der Außenpolitik sind wir als Fraktion aktiv gewesen und haben uns für unsere Wählerinnen und Wähler engagiert. Und wenn wir auch als Opposition nicht alles umsetzen können, was wir gern umsetzen würden: es hat sich gelohnt, LINKS zu wählen.

Thomas Nord

Aus den Ausschüssen

Zu meinen parlamentarischen Aufgaben gehört die Mitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, im dort angesiedelten Unterausschuss für Regionale Wirtschaftspolitik und die stellvertretende Mitgliedschaft im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Durch die zögerliche Regierungsbildung nahmen auch die Ausschüsse mehrheitlich ihre Arbeit erst im Februar 2014 auf, also fünf Monate nach der Wahl vom 22. September. Eines der Streitfelder während der Koalitionsverhandlung waren die Aufgabenzuschüsse der Ausschüsse. Im Ergebnis wurden die Felder Wirtschaft und Energie in einem Ausschuss zusammengeführt. Im Gegenteil zur schleppenden Regierungsbildung und Konstituierung der Ausschüsse drängten neue Themen mit Wucht auf die politische Tagesordnung.

Mit dem Beginn der Ausschussarbeit habe ich die Funktion des Obmann für meine Fraktion übernommen. Auch hier hatten wir zunächst Debatten über die Oppositionsrechte im Ausschuss. Die Obmann-Funktion habe ich nach meiner Wahl zum Bundesschatzmeister der Partei im Herbst 2014 an Thomas Lutze (Saarland) übergeben.

Auf meine Anregung wurde der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Debatte über die Sanktionen der EU gegenüber Russland eingeladen. Diesen standen wir von Anbeginn an kritisch gegenüber, weil nicht zuletzt Wirtschaftsbeziehungen ein wichtiger Bestandteil dafür sind, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland nicht vollständig gekappt werden und das Interesse an einer friedlichen Zusammenarbeit erhalten bleibt.

Ein zentraler Schwerpunkt im Wirtschaftsausschuss ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien, allen voran der Windenergie. Neben der grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, war der Bau der Nord-Süd-Stromtrasse wichtiger Gegenstand der Auseinandersetzung, nicht zuletzt mit Bayrischen Sonderwünschen, die immer wieder zulasten z.B. Ostdeutscher Interessen von der Bundesregierung durchgesetzt werden. Beim Ausstieg aus der Atomenergie haben wir uns im Ausschuss dafür stark gemacht, dass Großbritannien keine Subventionen der EU für den Bau eines neuen AKW in Hinkley Point C bekommt und uns gegen den Neubau von Atomkraftwerken auf der polnischen Seite der Oder ausgesprochen. Auch die Bad-Bank-Pläne der Atombetreiber haben wir zurückgewiesen. Die Profiteure der Nutzung der Atomkraft sollen für die Nachsorge und den Rückbau der AKW

geradestehen. DIE LINKE will die Rücklagen der AKW-Betreiber, aber auch der Kohlekraftwerke in öffentlich kontrollierte Fonds überführen, damit die Energiekonzerne die notwendigen Milliarden für den notwendigen Rückbau der Anlagen bilden und nicht die Bürgerinnen und Bürger auf den Kosten sitzen bleiben.

Ein weiteres Thema im Wirtschaftsausschuss sind die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. In verschiedenen Gesprächen mit den Unterhändlern der USA und Kanada, im Ausschuss aber auch eigenen Anträgen hat DIE LINKE deutlich gemacht, dass sie diese Freihandelsabkommen ablehnt. Mit der jüngsten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage wird deutlich, dass der Council, der nach Abschluss des Abkommens zwischen den USA und der EU für die gemeinsame Normierung zuständig sein soll, vollständig



Bewerbungsrede bei der Wahl zum Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE auf dem Bundesparteitag 2014 in Berlin

unabhängig und unkontrolliert von den Parlamenten Entscheidungen herbeiführen kann, wenn er erst einmal eingerichtet ist. Das ist genau so wenig akzeptabel wie die Investor-Staats-Schiedsinstanzen, die undemokratisch, intransparent und eine



Verhöhnung der Idee einer unabhängigen Justiz sind. Private Investoren können vor nicht kontrollierbaren Schiedsinstanzen gegen nationale Standards zum Beispiel im Arbeitsrecht klagen, weil diese ihre Gewinnerwartung reduzieren. Die Regierungen können zur Zahlung des Gewinnerwartungsausfalls verpflichtet werden, ohne dass sie die Möglichkeit eines Widerspruchs oder einer Revision hätten.

Im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik steht jährlich die Vergabe und Überprüfung der Fördermittel aus dem ERP Sondervermögen an. Es resultiert aus dem European Recovery Program (ERP), das 1948 im Rahmen des Marshallplans begründet wurde, um den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg zu fördern. Zur Verteilung dieser Gelder wurde die Kreditanstalt für Wiederaufbau gegründet. Ein zweites Aufgabenfeld ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Seit den 1990er Jahren spielt die Gemeinschaftsaufgabe eine zentrale Rolle beim Aufbau von wirtschaftlich tragfähigen Strukturen in den ostdeutschen Ländern. Zusammen mit den Struktur- und Investitionsfonds der Europäischen Union ist sie eine der wesentlichen Maßnahmen im Kampf gegen wirtschaftliche Unterschiede.



Thomas Nord auf einer Demonstration zur Sicherung der Energiewende

Im Wahlkreis unterwegs

Solidarität mit den Flüchtlingen

Einen großen Raum in meiner Wahlkreisarbeit nimmt das Thema Flucht und Asyl ein. Und dies nicht erst seit den jüngst rasant steigenden Zahlen von Menschen, die vor Krieg, Hunger oder Verfolgung nach Deutschland fliehen. Nach Jahren des regelmäßigen Austausches und Unterstützung schlug ich im vergangenen Jahr die langjährige Leiterin des Fürstenwalder Projektes für allein reisende Jugendliche (ALREJU), Mathilde Killisch, als Empfängerin der Integrationsmedaille vor. Die Jury kam an der ausführlichen Begründung



nicht vorbei und verlieh ihr schließlich diese wohlverdiente Auszeichnung. Aber auch im dortigen Haus Hoffnung und insbesondere in der Begegnungsstätte der GefAS, die seit einiger Zeit ebenfalls Flüchtlinge beherbergt, bin ich seitdem mehrfach zu Gast gewesen. Auch die Zusammenarbeit mit der Zentralen Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt hat gut geklappt. Im Frühsommer 2015 war ich schließlich Mitorganisator einer Demo und eines Konzerts für Flüchtlinge in Berlin, das von mehreren tausend Menschen besucht wurde.

Dem Osten nicht das Wasser abgraben

Nach wie vor ist auch das Thema Wasserstraßen und damit die Schleuse Fürstenwalde Gegenstand von Terminen. Sowohl mit Vertretern der Wirtschaft, z.B. dem Geschäftsführer des Windradherstellers Reuther, dem Fürstenwalder Bürgermeister sowie dem Vorsitzenden des Vereins „Weitblick e.V.“ versuche ich nach wie vor Möglichkeiten zu entwickeln, die den bayerischen Bundesverkehrsminister doch noch davon überzeugen sollen, dass eine Rückstufung der ostdeutschen Wasserstra-



ßen eine für die weitere Entwicklung der gesamten Region schädliche Entscheidung bedeuten würde. Davon, dass dadurch auch bislang getätigte Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur entwertet wären, ganz zu schweigen.

Klugen Nachwuchs braucht das Land

Regelmäßig besuchte ich das Oberstufenzentrum Oder-Spree mit seinen beiden Standorten in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt. Dortige Lehrlinge besichtigten wiederholt den Bundestag, aber auch andersherum hielt ich vor angehenden Wirtschaftskaufrauen und -männern Vorträge über das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Die mit dem Schuldirektor zuvor des Öfteren diskutierte Wiedereinführung einer Berufsausbildung mit Abitur wurde nach gemeinsamen Terminen mit Landesministern im letzten rot-roten Koalitionsvertrag aufgenommen.

Ohne Moos nichts los

Als Mitglied im Fraktionsverein unterstütze ich Spendenanfragen von Vereinen meines Wahlkreises, die z.B. ein soziales Projekt auf den Weg bringen oder abschließen möchten, denen dafür aber das nötige Geld fehlt. Darüber hinaus spende ich für soziale, kulturelle oder antifaschistische Zwecke regelmäßig Geld- oder Sachgeschenke auch aus eigener Tasche. Zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee stellte die Linksfraktion in der Stadtverordnetenver-



sammlung Seelow den Antrag auf Ausbesserung und Erneuerung einiger Steine des Denkmals für die Opfer des Faschismus und verpflichtete sich gleichzeitig die Hälfte der



Gesamtkosten durch eine Sammlung zur Verfügung zu stellen. Thomas Nord übergab eine Spende des Vereins der Bundestagsfraktion von 500 Euro für die Sanierung des Denkmals.

Nicht nur am 1. Mai an der Seite der Gewerkschaften

Als vor nicht langer Zeit im gesamten Land Brandenburg die Busfahrerinnen und Busfahrer für höhere Löhne oder zumindest bessere Arbeitsbedingungen streikten, erklärte ich mich mit ihnen solidarisch und besuchte sie in ihren Depots, was seitens der Gewerkschaft wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde. Die Wichtigkeit der Zu-



sammenarbeit und des Zusammenhalts mit den Gewerkschaften, auch vor dem Hintergrund ständig steigenden Drucks auf die Beschäftigten, ist mir dabei wohl bewusst.



1. Mai in Eisenhüttenstadt - mit Helga Böhnisch (gest. im Juni 2014)

Besuch - Immer gern gesehen

Seitdem ich 2009 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, haben diesen auf meine Einladung hin bereits mehr als 1.500 Menschen - zumeist aus meinem Wahlkreis - bei Tages- oder Mehrtagesausflügen besichtigt. Quasi ein Highlight bildete dabei eine viertägige Fahrt nach Strasbourg in das Europaparlament. Gerne stehen meine Wahlkreisbüros für entsprechende Anfragen zur Verfügung.



Im Wahlkreis unterwegs

Modellregion grenzüberschreitender Zusammenarbeit fördern



Mit Oberbürgermeister Wilke und polnischen Gästen

Als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und des polnischen Sejm war es mir eine Freude den Besuch der Polnischen Parlamentariergruppe im März 2015 vorzubereiten und unsere Gäste zu begleiten. Die Polnisch-Deutsche Parlamentariergruppe war in der Doppelstadt Frankfurt (Oder) – Słubice und erlebte dabei, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit lokal ganz praktisch aussehen kann. So besuchten die Abgeordneten die deutsch-polnische Integrationskita „Pinokio“, kamen am Karl-Liebknecht-Gymnasium in einen regen Austausch mit Schülerinnen und Schülern und bestaunten am Überbetrieblichen Ausbildungszentrum, wie polnische Jugendliche an einem internationalen Standort ausgebildet werden. Ebenso konnten sich die Abgeordneten beim Besuch im Gemeinsamen Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit wiecko von der grenzüberschreitenden Sicherheitspolitik überzeugen und bei einem Empfang im Bolfrashaus mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ins Gespräch kommen. Abgerundet wurde der Besuch mit einem gemeinsamen Frühstück über den Dächern Frankfurts, wo sich die Abgeordneten vertiefend über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit informieren konnten. Sowie bei einer Veranstaltung an der Europa-Universität Viadrina, bei der grenzüberschreitende Projekte im Bereich Wissenschaft diskutiert wurden.

Auf der Straße für Geflüchtete und gegen Nazis

Zu den prägenden Themen der vergangenen zwei Jahre gehörte (leider) auch die verstärkte rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete. Immer wieder haben Neo-Nazis Kundgebungen und Demonstrationen organisiert. Ich habe vielfach den breiten, zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Protest gegen Rassismus unterstützt. Rassismus darf nicht toleriert werden,

deshalb freue ich mich, dass viele Bürger gegen Rassismus auf die Straße gegangen sind, so zum Beispiel bei den antirassistischen Kundgebungen in Frankfurt (Oder) am 1. Mai 2014 und mehrmals im Jahr 2015. Doch nicht nur bei Kundgebungen ist es wichtig, aktiv zu werden. Wichtig ist auch die alltägliche Arbeit für eine tolerante, bunte und weltoffene Gesellschaft. Ehrenamtliche Initiativen wie Vielfalt statt Einfalt, Utopia oder Slubfurt stehen stellvertretend für eine Reihe von Akteuren, die ich sehr schätze und mit denen ich gerne zusammenarbeite.



Ohne Frieden ist alles Nichts!

Das zunehmende Bewusstsein in der Zivilgesellschaft, dass man etwas für Geflüchtete tun müsse und dass Zeichen zu setzen sind, wurde auch am 1. September in Frankfurt (Oder) deutlich. Am Weltfriedenstag rief ein zivilgesellschaftliches Bündnis rund um das Friedensnetz zu einer Demonstration unter dem Motto „Für eine Welt ohne Krieg – Solidarität mit den Geflüchteten“ auf. Ich nahm ebenfalls an dieser Demonstration teil und hob in einem Redebeitrag die Ursachen von Flucht hervor, wie zum Beispiel Kriege und Waffenexporte, an denen auch die Bundesrepublik Deutschland kräftig beteiligt ist.

Gemeinsam gegen die Politikverdrossenheit

Ich habe mich mit meinen Wahlkreis-Kollegen aus dem Bundestag zusammen getan, um gemeinsam etwas gegen Politikverdrossenheit, insbesondere junger Menschen, zu tun. Gerade in Zeiten, in denen ein Rechtsruck in der Gesellschaft erkennbar wird, ist es wichtig zu vermitteln, welchen Wert Demokratie hat und wie wichtig es ist, sich einzumischen. Für dieses Anliegen gingen wir gemeinsam an Frankfurter Schulen und kamen mit Schülerinnen und Schülern von 9. und 10. Klassen ins Gespräch. Die lebhaft



Mit Annalena Baerbock (Bü90/Die Grünen) und Martin Patzelt (CDU)

ten Debatten drehten sich dabei nicht nur um den Alltag im Parlament, sondern auch um konkrete politische Themen, wie zum Beispiel die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Eurokrise oder TTIP. Ich glaube und hoffe, dass wir die Jugendlichen dadurch angeregt haben sich mehr für Politik zu interessieren. Damit die Besuche nicht nur ein einmaliges Erlebnis sind, werden wir die Schulklassen weiter begleiten.

Auch kommunal aktiv

In den vergangenen Jahren war ich in Frankfurt (Oder) auch kommunal aktiv. Mit dem Ziel die politischen Ebenen zu verknüpfen trat ich 2014 für DIE LINKE. Frankfurt (Oder) zur Kommunalwahl an und wurde von den Bürgerinnen und Bürgern in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Als Linksfraktion haben wir auch dort Erfolge gefeiert, zum Beispiel als es uns gelungen ist gemeinsam mit SPD und Grünen den städtischen Haushalt sozial gerechter und nachhaltiger zu machen. Aktivität auf kommunaler Ebene bedeutet für mich aber auch die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Initiativen, Vereine und Institutionen aufzunehmen. So fanden beispielsweise Gespräche mit den ver.di Senioren oder Radio Slubfurt statt.

Unterstützung im Landtagswahlkampf 2014



Wahlkampf für Heidi Wichmann mit Dagmar Püschel, Helmut Markov und Bernd Rießinger in Eisenhüttenstadt

Im Wahlkreis unterwegs

Engagiert für soziale Gerechtigkeit und gegen Armut



In Erkner mit Siegfried Unger

Weitere Aktivitäten in der Zusammenarbeit mit jungen Menschen

Im Sinne der Förderung junger Menschen und der Stärkung demokratischen Bewusstseins habe ich erneut Schülern ermöglicht am Parlamentarischen Patenschaftsprogramm teilzunehmen. Ich finde es wichtig, dass junge Menschen im Ausland neue Erfahrungen machen können und ihren Horizont erweitern können. Durch persönliche Verbindungen und die Teilnahme am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben in einem anderen Land werden die jungen Menschen gestärkt und es wird Fremdenfeindlichkeit vorgebeugt. Außerdem unterstützte ich in Frankfurt (Oder) das Sommercamp der Partnerstädte. Jedes Jahr kommen rund 100 Jugendliche aus den Partnerstädten von Frankfurt und Stubice ins EuroCamp am Helensee, um sich zu aktuellen Themen auszutauschen und gemeinsam voneinander zu lernen. In diesem Jahr stand es lange Zeit auf der Kippe, da die Finanzierung unsicher war. Für den Verein der Bundestagsfraktion übergab ich daher eine Spende, um einen Beitrag dafür zu leisten, dass die jungen Menschen auch in 2015 ein tolles Camp erleben konnten. Nach der Spendenübergabe stellte ich mich gemeinsam mit meiner Kollegin Kirsten Tackmann



den Fragen und Diskussionsbeiträgen der Jugendlichen, zum Beispiel zu TTIP oder der Ukraine-Krise. Wieder mal zeigte sich, dass junge Menschen heute nicht per se unpolitisch sind, sondern sehr wohl ihre Meinung kundtun, wenn man sie dazu ermuntert. Dies möchte ich auch weiter fördern.

Sommertour 2015 der Landesgruppe

Vom 10.8. bis 16.8.2015 fand die alljährliche Sommertour der Brandenburger Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion statt.

Die Abgeordneten hatten sich angesichts der hohen Aktualität und der Brisanz entschieden zum Thema Flüchtlingsunterbringung und Betreuung das Gespräch vor Ort zu suchen.

Es gab Besuche in Gemeinschaftsunterkünften und Treffen mit Betreibern von Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungsunterbringung. Die Landräte, Sozialdezernenten und Bürgermeister konnten ihre Sorgen über die starren Gesetzmäßigkeiten genauso loswerden, wie die Ehrenamtlichen aus den Willkommenskreisen über die unzureichen-



Landesgruppe: Harald Petzold, Birgit Wöllert, Kirsten Tackmann, Norbert Müller

de Unterstützung oder die fehlenden Mittel. Thomas Nord (Sprecher der Landesgruppe Brandenburg) und seine Mitstreiter hatten dabei punktuell auch die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Andrea Johlige, Isabell Vandré und Thomas Domres an ihrer Seite. So konnten einige Probleme gleich gemeinsam gelöst bzw. die Verantwortlichkeiten abgestimmt werden. Das stellte eine neue Qualität der Zusammenarbeit beider Ebenen dar. Die Informationswege wurden abgekürzt und die jeweiligen Gesprächspartner konnten sich davon überzeugen, dass die Kommunikation zwischen den Abgeordneten stimmt. Sei es bei der Frage, was nötig ist, um Flüchtlinge erfolgreich auch in ländlichen Regionen unterzubringen oder wie ermöglicht das Land

allen Asylbewerberkindern eine erfolgreiche Schulbildung.

Die zu lösende Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bleibt schwierig und stellt hohe Anforderungen an Bund, Land und besonders die Kommunen. Sie kann nur miteinander gelöst werden, das wurde auf der Sommertour sehr deutlich. Einen großen Teil davon tragen die landesweit gebildeten Willkommensgruppen. Sie haben die Unterstützung und den Dank der Abgeordneten der Brandenburger Landesgruppe der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

70. Jahrestag der Befreiung auf den Seelower Höhen

Am 8. Mai des Jahres 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus fand auf Einladung des Kreisverbandes DIE LINKE Märkisch-Oderland und des DGB Berlin-Brandenburg eine feierliche Kranzniederlegung am Museum auf den Seelower Höhen statt.

Auf der Veranstaltung sprachen Petra Pau, Vizepräsidentin des deutschen Bundestages und Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Worte des Gedenkens und der Mahnung.

Nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus waren sich die Menschen einig „für eine neue Welt in Frieden und Freiheit“ zu kämpfen. Heute sind Europa und in der Welt in den letzten Monaten Kriege näher gerückt. Millionen Menschen in der Welt machen sich auf den Weg, um für sich und ihre Familien ein neues, friedlicheres Zuhause zu finden.

Gemeinsam mit zahlreichen Gästen, unter ihnen eine Vertreterin der polnischen Botschaft in Deutschland, legte Thomas Nord einen Kranz nieder.



Mit Petra Pau und Wolfgang Heinze

Aus den Parlamentariergruppen



Europäisches und Internationales

Durch die späte Regierungsbildung wurden auch die Parlamentariergruppen spät gebildet, dies war im Frühsommer 2014. In der vergangenen Wahlperiode war ich stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe. Nicht nur durch die Lage meines Wahlkreises liegt mir das Deutsch-Polnische Verhältnis besonders am Herzen. Es ist dies auch durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts bedingt.

Im April 2014 wurde ich zum Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen-Parlamentariergruppe gewählt und habe mein Engagement in diesem Arbeitsfeld verstärkt. Durch den Vorsitz bedingt, wurde ich Mitglied im Stiftungsrat für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Zweck der Stiftung ist die Zuteilung finanzieller Unterstützung an Projekte, die Gegenstand des beiderseitigen Interesses der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen sind. In einer Konferenz standen im Juni 15 auch hier die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Russland – Ukraine Krise auf Polen und Deutschland im Zentrum der Diskussion.

Ein Höhepunkt der Arbeit war der mehrtägige Delegationsbesuch der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe in Frankfurt (Oder) und Berlin im März 2015. Im Mittelpunkt stand die Überprüfung der gewachsenen Zusammenarbeit in der Grenzregion, z. B. in den Bereichen Bildung und Forschung einerseits, Polizei und Zoll

andererseits. Einigkeit bestand darin, dass zukünftig noch stärker auf die Vermittlung von Sprachen beiderseits der Oder hingewirkt werden muss. Am 1. September 2014 habe ich an dem 75. Gedenken an den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen teilgenommen. Zurzeit bereiten wir die feierliche Würdigung des 25. Jahrestages des Nachbarschaftsvertrages zwischen Polen und Deutschland vor.

Wie in der vergangenen Wahlperiode bin ich stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe. Außerdem bin ich für die Bundestagsfraktion der Ansprechpartner zur linken Fraktion in der Assemblée Nationale. Im November 2014 habe ich an einem Hospitantenprogramm teilgenommen, in dem die Unterschiede im deutschen und im französischen parlamentarischen System herausgearbeitet wurden. Mein Arbeitspartner war André Chassaigne, Vorsitzender der Group Gauche démocrate et républicaine (GDR). Die französische Art und Weise der Befragung der Regierung zeigt, dass sie auch interessant sein können.

Ebenso wie die Achse Berlin-Paris für die Entwicklung der Europä-

ischen Union im Westen notwendig war, ist die Achse Berlin-Warschau für das Zusammenwachsen mit Ost-Europa wichtig. Die Entwicklung in Polen stärkt seinen Einfluss in Ost-Europa und der gesamten EU. In den kommenden Jahren wird die Abstimmung zwischen Warschau, Paris und Berlin im »Weimarer Dreieck« für die Europäische Union wichtiger werden. Die Wahlergebnisse in Polen lassen jedoch befürchten, dass die neu gewählte PiS Alleinregierung die Zusammenarbeit in der Visegrad-Gruppe mit Ungarn höher wertet als die Verständigung im Weimarer Dreieck. Bei allem, was zu Recht an der EU kritisiert wird, tritt DIE LINKE für deren Erhalt und konstruktive Weiterentwicklung ein.



André Chassaigne, Fraktionsvorsitzender der Französischen Linken in der Assemblée Nationale und Thomas Nord bei gemeinsamer Arbeit in Paris.

Kontakt

Die Mitarbeiter im Wahlkreis

Thomas Nord ist über den Listenplatz 2 der Partei DIE LINKE. Brandenburg erneut in den Bundestag eingezogen. Er setzt seine 2009 begonnene Arbeit im Wahlkreis 64 fort.

Dieser umfasst die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) sowie den Landkreis



Ronny Diering
für Frankfurt (Oder)

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Wahlkreisbüro Thomas Nord, MdB
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (03 35) 869 508 31
Fax: (03 35) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord.ma05@bundestag.de

Oderspree. Zur Unterstützung seiner Arbeit in diesem großen Flächenkreis beschäftigt der Abgeordnete drei Mitarbeiter, die vor allem regional bezogen ihre Arbeitsschwerpunkte haben.

Sie sind die Ansprechpartner vor Ort, organisieren und koordinieren Gesprächs-



Bettina Fortunato
für Märkisch-Oderland

Wahlkreisbüro Seelow

Wahlkreisbüro Thomas Nord, MdB
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: thomas.nord.ma06@bundestag.de

und Besuchstermine, pflegen den regelmäßigen Kontakt und Austausch zu Bürgern, Institutionen, Verbänden, Unternehmen und Organisationen. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Gegebenheiten des gesamten Wahlkreises zu kennen, regionale Spezifika zu berücksichtigen und zu bearbeiten.



Frithjof Bastian
für Fürstenwalde, Bad Saarow bis Storkow sowie Erkner, Woltersdorf, Schöneiche

Wahlkreisbüro Fürstenwalde

Wahlkreisbüro Thomas Nord, MdB
Mühlenstraße 15
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (0 33 61) 34 26 18
Fax: (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord.ma04@bundestag.de



Mario Dannenberg
für Oberspreewald-Lausitz

Wahlkreisbüro Senftenberg

Wahlkreisbüro Thomas Nord, MdB
Schloßstraße 3
01968 Senftenberg
Telefon: 03573 / 810 77 76
Fax: 03573 / 810 77 75
E-Mail: thomas.nord.ma03@bundestag.de



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Büro in Berlin

Deutscher Bundestag
Thomas Nord, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 22 77 26 75
Telefax: (030) 22 77 66 75
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Internet: www.thomas-nord.de

www.linksfraktion.de

In Memoriam - Stefan Heym

Am 10. April 2013 wäre Stefan Heym 100 Jahre alt geworden. Stefans Biographie spiegelt die vielfältige Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert auf besondere Art und Weise wieder. Er war ein vielfältiger Schriftsteller, Soldat in der amerikanischen Armee und floh vor den Umtrieben der Mc Carthy Ära in die DDR. Hier blieb er, was er immer war. Ein eigenständiger Denker, der immer auch unbequeme Wahrheiten aussprach. Und so verwundert es nicht, dass er mit der DDR-Staatsführung über Kreuz lag. Auf der November-Demo auf dem Alex 1989 sprach er den Satz: „Es ist so, als hätte jemand die Fenster aufgestoßen, um den Mief der Jahre endlich heraus zu lüften.“

Im Jahr 1994 kandidierte er als Unabhängiger auf der Liste der PDS Berlin und gewann das Direktmandat gegen Wolfgang Thierse in Mitte. Ich war sein Wahlkampfleiter und später auch sein Mitarbeiter, vor allem aber war er mir ein väterlicher Freund und Lehrer in Sachen Demokratischer Sozialismus. Mit der Erringung des Mandats war er ältester Abgeordneter dieser Wahlperiode und hatte das Privileg, als Alterspräsident die Konstituierung zu eröffnen. Viele, vor allem in der CDU/CSU Fraktion fürchteten sich vor dieser Rede und versuchten, sie mit allen Mitteln bis hin zu nächtlichen Drohanrufen und Denunziationen zu verhindern. Aber es gelang nicht. Stefan Heym gab dem Verhalten der Konservativen nicht nach und hielt eine brillante Rede zur Eröffnung. Es war ein unsäglicher Affront der Konservativen, dem Alterspräsident den Applaus zu verweigern.

Zum 20-jährigen Jubiläum der Rede haben wir das Stefan Heym Jahr mit einer Würdigung im Theater im Palais im Festungsgraben in Berlin beendet. Gregor Gysi, Luc Jochimsen, kultur-



politische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Franz Sodann, Schriftsteller aus Leipzig und Florian Weis, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg Stiftung haben bei der gut besuchten Veranstaltung aus der Rede, aber auch aus den Erinnerungen von Stefan und Inge Heym gelesen.

Stefan-Heym Platz eingeweiht

Ein besonderes Ereignis und zugleich große Freude war auch für mich, die Benennung und Einweihung des Stefan-Heym Platzes in Berlin, an der Frankfurter Allee/ Ecke Möllendorffstraße am 04.11.2014.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: MdB Thomas Nord, Platz der Republik 1, 11011 Berlin